

Z1/IVD

**Workshop zur „Datengewinnungsstrategie für die Bildungsstatistik“
am 13.02.07 in Berlin**

Rede des Präsidenten

**Begrüßung durch den Präsidenten der
Kultusministerkonferenz,
Senator Professor Dr. E. Jürgen Zöllner**

Sehr geehrte Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen,
Bildungsexpertinnen und Bildungswissenschaftler, sehr geehrte
Vertreter der Datenschutzes,
sehr geehrte Damen und Herren von der Presse,

ich freue mich, Sie heute als Präsident der Kultusministerkonferenz
hier in Berlin zum Workshop „Datengewinnungsstrategie für die
Bildungsstatistik“ begrüßen zu können. Der Titel dieser
Veranstaltung klingt zugegebenermaßen etwas spröde, trifft aber
den Anlass zu der Veranstaltung ziemlich genau.

Zunächst kurz etwas zur Vorgeschichte des heutigen Tages: Die Überlegungen, eine Datengewinnungsstrategie der Kultusministerkonferenz zu entwickeln, sind vor allem aus der Notwendigkeit entstanden, der Bildungsberichterstattung die für ihre Arbeit in den nächsten Jahren notwendige Datengrundlage zu verschaffen. In Deutschland bestehen erkennbare Defizite in der Darstellung bestimmter Bildungssegmente. Klar ist: Um unser Bildungssystem zu analysieren, benötigen empirische Bildungsforscher aussagekräftige Indikatoren. Uns wurde sehr rasch deutlich, dass es nicht gerade einfach ist, auf nationaler Ebene verlässliche Daten in ausreichender Quantität und Tiefe zu erheben, um darauf aufbauend Hinweise für die Bildungspolitik zu erhalten. Wir brauchen eine zuverlässige Statistik nicht zuletzt deshalb, weil wir noch treffsichere Warnhinweise für Fehlentwicklungen in der Zukunft benötigen: Nur wenn die verantwortliche Bildungspolitik frühzeitig über solche Fehlentwicklungen informiert ist, kann sie wirksam gegensteuern.

Klar ist auch: Eine fundierte Bildungsstatistik kann nicht an die Stelle von Bildungspolitik treten und soll es auch nicht. Eine gute Bildungspolitik ist aber auf eine fundierte Bildungsstatistik angewiesen.

Die Frage, was heißt in diesem Kontext „fundiert“ und welche Daten in Zukunft erhoben werden sollen, darauf wollen wir

Antworten finden. Über dieses Vorhaben der Kultusministerkonferenz sind in der Öffentlichkeit viele Missverständnisse entstanden, die wir klären müssen.

Doch nicht nur die Bildungspolitik und die Bildungsforschung, gerade auch die Öffentlichkeit hat ein berechtigtes Interesse an zuverlässigen und umfassenden Daten. Ich muss an dieser Stelle nur die PISA-Untersuchungen nennen, um anzudeuten, welche politische Dynamik eine neue Datenlage auslösen kann. Im jährlichen Turnus erscheint die OECD-Untersuchung „Bildung auf einen Blick“. Im vergangenen Jahr konnten das Bundesministerium für Bildung und Forschung und die Kultusministerkonferenz erstmals den Bildungsbericht für Deutschland vorstellen. Die Öffentlichkeit hat aber nicht nur ein berechtigtes Interesse an Bildungsdaten, sie darf zurecht darauf vertrauen, dass die gewonnenen Daten wirkungsvoll vor einem möglichen Missbrauch geschützt werden. Wir nehmen die Einwände des Datenschutzes sehr ernst. Aus ihrer Systematik heraus ist die Bildungsstatistik nicht an dem Einzelfall interessiert. Sie beschäftigt sich mit der Auswertung großer Fallzahlen. Rückschlüsse auf einzelne Schülerinnen und Schüler werden nicht möglich sein. Der Statistikdatensatz enthält auch weder Angaben zum Namen oder der Anschrift noch zu Fehlzeiten, Familienverhältnissen, Schulleistungen oder ähnliches.

In diesem Spannungsfeld müssen die Datenschutzrechte des einzelnen Schülers in vollem Umfang gewahrt bleiben. Und dennoch stellen wir, stellen Wissenschaftler und stellen interessierte Journalisten immer wieder kritisch fest, dass uns wichtige Daten aus dem Schulbereich nicht vorliegen: Ist es nicht bedeutsam, genau zu wissen, wie viele Schüler mit Migrationshintergrund an deutschen Schulen unterrichtet werden? Wie sonst ließe sich der genaue Bedarf an Lehrkräften für den muttersprachlichen Unterricht oder Förderunterricht ermitteln? Mich als Bildungspolitiker interessiert zum Beispiel, wie lange die durchschnittliche Schulbesuchsdauer in Deutschland ist, wie viele Schüler von welchen Schularten in die Sekundarstufe II wechseln oder wie viele Schüler eines Jahrgangs welchen Abschluss erreichen — gerade auch im internationalen Vergleich und zur Entwicklung nationaler Schulentwicklungsstrategien.

All diese Fragen sind mit dem derzeitigen Instrumentarium bundesweit nicht zu beantworten. Wir sind auf Schätzungen angewiesen. Das ist der Bedeutung des Bildungswesens in der Bundesrepublik Deutschland nicht angemessen - weder seiner inhaltlichen noch seiner finanziellen.

Ich persönlich wurde kürzlich von einer engagierten Mutter gefragt, wie alt Kinder denn durchschnittlich bei der Einschulung in Deutschland seien. Eine verständliche Frage, da sie darüber

nachdachte, ihr Kind bereits mit fünf Jahren einschulen zu lassen. Für das Land Berlin konnte ich mittels einer Modellrechnung annäherungsweise antworten, nicht aber für die gesamte Bundesrepublik. Denn diese Zahl ist in Deutschland tatsächlich unbekannt.

Ein weiteres Beispiel: Ein Journalist stellte mir die Frage, wie sich die Kinder nach der Grundschule auf die verschiedenen Schularten verteilen. Auch hier ist mir die Beantwortung nur für Berlin möglich. Wird die Frage aber auf alle 16 Länder mit ihren unterschiedlichen Bildungssystemen — also 4- oder 6-jährige Grundschule oder Orientierungsstufen - ausgeweitet, wird die Sache sofort schwierig.

Damit sind wir bei unseren Hausaufgaben. Wenn wir über eine fundierte Datengrundlage im Bildungsbereich für ganz Deutschland verfügen wollen, zählen zum einen inhaltlich-systematische Probleme, die wir intern lösen können. So muss beispielsweise festgelegt werden, wie statistisch mit den unterschiedlichen Interpretationen scheinbar eindeutiger Sachverhalte umzugehen ist, wie z. B. dem Zeitpunkt des Übergangs in die weiterführenden Schularten. Sie können davon ausgehen, dass bei 16 autonomen Einheiten mindestens eine Einheit einen (statistischen) Sonderweg geht, wenn dies nicht koordiniert wird.

Die Schwierigkeiten sind zum anderen aber auch datenstruktureller Art. Bestimmte Fragen lassen sich ohne länderübergreifende Individualdaten nicht wirklich beantworten. Die aktuelle Statistik untersucht derzeit zwar die Verteilung der Schülerinnen und Schüler in der 8. Klassenstufe auf die einzelnen Schularten. Die Aussagekraft dieser Einzelstatistik ist allerdings erheblich eingeschränkt, weil wir bislang nicht feststellen können, wie viele Schüler diese Jahrgangsstufe wiederholt oder bereits die Schulart gewechselt haben.

Die Bildungsstatistik selbst muss Veränderungen durchlaufen und zugleich Veränderungen im Bildungssystem abbilden. Dass dabei moderne Informationstechnologien Anwendung finden und damit langfristige Rationalisierungspotentiale realisiert werden können, erscheint im Zuge des Bürokratieabbaus genauso unverzichtbar wie wünschenswert.

Die Kultusministerkonferenz hat sich auf eine schwierige Gratwanderung begeben. Einerseits wollen wir notwendiges bildungspolitisches Steuerungswissen bekommen. Andererseits stand von Anfang an fest, dass wir die Belange des Datenschutzes berücksichtigen müssen.

Diese Gratwanderung wurde nicht gerade dadurch einfacher, dass im Herbst vergangenen Jahres ein Konzeptentwurf zur

Datengewinnungsstrategie an die Öffentlichkeit gelangte, noch bevor er beschlussreif war, und noch bevor unsere Fachleute mit den Vertretern des Datenschutzes in einen Dialog über die einzelnen Vorschläge treten konnten.

Nun liegt es in der Natur solcher Entwürfe, dass sie eine Vielzahl von Vorschlägen enthalten: Vorschläge, von deren Realisierung die Fachleute überzeugt sind, bei denen die konkrete Umsetzung aber noch geprüft werden muss; aber auch Vorschläge, von denen jeder Sachkundige weiß, dass sie nur unter Schwierigkeiten realisierbar sind.

Viele der Missverständnisse, die in der Folge auftraten, sind auf die vorzeitige Veröffentlichung dieses frühen Entwurfs zurückzuführen. Die Kultusministerkonferenz ist schließlich noch in mitten des Beratungs- und Entscheidungsprozesses. Ein *Beispiel*: Den beteiligten Experten war immer klar, dass mit dem Merkmal „Wohnort des Schülers/der Schülerin“ nicht die genaue Adresse gemeint ist. In der öffentlichen Diskussion fanden sich aber genau solche Befürchtungen. Deswegen kann ich nur immer wieder betonen: Wir haben kein fertiges Konzept! Im Herbst vergangenen Jahres galt, was auch heute gilt: Die Datengewinnungsstrategie ist noch nicht beschlussreif für die Kultusministerkonferenz. Wir befinden uns in einem Diskussionsprozess - wie dieser Workshop belegt - mit offenem Ausgang.

Bisher gibt es einige Beschlüsse zum sogenannten Kerndatensatz, um die Lieferung der wichtigsten Daten weiterhin länderübergreifend vergleichbar sicherzustellen. Hier berät vor allem die Kommission für Statistik noch über Möglichkeiten, aber auch über die Grenzen einer länderübergreifenden Statistik. Die Fragen, ob und auf welche Weise die Datensätze der einzelnen Schüler an einer Stelle zusammengeführt werden, oder welche Daten wie zusammengeführt werden, sind nicht abschließend beantwortet!

Ich bleibe optimistisch, dass wir gemeinsam mit dem Datenschutz einen Weg finden werden. Indem die Bedenken frühzeitig berücksichtigt, beraten und aufgegriffen werden können, soll dieser Workshop den weiteren Entscheidungsprozess in der Kultusministerkonferenz voranbringen. Ich rufe Sie dazu auf, Ihre Anregungen in die heutigen Diskussionen einzubringen.

Ich danke sehr herzlich Herrn Prof. Dr. Eckard Klieme vom Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung, der uns aus der Sicht eines ausgewiesenen Bildungsforschers darstellen wird, welche Anforderung die Wissenschaft an die Bildungsstatistik stellt. Die Aspekte des Datenschutzes werden anschließend von Herrn Dr. Harald von Bose, Landesbeauftragter für den Datenschutz Sachsen-Anhalt vorgetragen, der als Vertreter der Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder zu uns

spricht. Heinz-Werner Hetmeier vom Statistischen Bundesamt wird uns schließlich einen Einblick darüber geben, wie Bildungsstatistik in anderen Staaten praktiziert wird.

Am Nachmittag werden gemeinsam mit den genannten Referenten meine Kolleginnen in der Kultusministerkonferenz, die schleswig-holsteinische Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave, die hessische Kultusministerin Karin Wolff, der Sächsische Datenschutzbeauftragte Andreas Schurig und Herr Prof. Dr. Jürgen Baumert, den ich nicht eigens vorzustellen brauche, miteinander ins Gespräch kommen. Als Moderator dieser sicherlich sehr interessanten Diskussionsrunde haben wir Herrn Thomas Kerstan von der „Zeit“ gewinnen können.

Zunächst aber gebe ich das Wort nun an Staatssekretär Joachim Jacobi, der als Vorsitzender der Kommission für Statistik in der Kultusministerkonferenz in das Thema einführen wird.